

Per Mail an: christoph.straumann@sbl.ch

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
Frau Regierungsrätin
Monica Gschwind
Rheinstrasse 31
4410 Liestal

Pratteln, 23. Oktober 2022

**«IT-Services für kommunale Schulen»
Änderung des Bildungsgesetzes und Ausgabenbewilligung - Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Gschwind

Die Mitte Basel-Landschaft bedankt sich für die Einladung, zur Vorlage «IT-Services für kommunale Schulen» Stellung zu nehmen. Grundsätzlich unterstützt die Mitte Basel-Landschaft die Bestrebungen der Gemeinden und des Kantons, die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für eine zeitgemässe Digitalisierung an den kommunalen Schulen voranzutreiben und dass die an den kantonalen Schulen bereits etablierten, grundlegenden IT-Anwendungen zukünftig auch den kommunalen Schulen zugänglich gemacht werden sollen. Ein Anschluss der Primarschulen an das bestehende IT-System des Kantons wird grundsätzlich befürwortet, ebenso die zentrale und einheitliche Nutzung der Standardanwendungen bei den Primarschulen.

Die Mitte Basel-Landschaft begrüsst, dass die von den Gemeinden angestossene Vorlage «IT-Services für kommunale Schulen» die wichtigsten Informatik-Anliegen der kommunalen Schulen angeht und zeitnah in Angriff nimmt. Die gemeinsame Nutzung der geschützten Datenablage, das vereinheitlichte Zugriffsmanagement und die Bereitstellung einer gesicherten Email-Infrastruktur bietet den für Cyber-Security und Datenschutz in der Verantwortung stehenden Gemeinden Gewähr, dass die Speicherung insbesondere von schützenswerten Daten, den aktuellsten Sicherheits- und Datenschutzerfordernissen entspricht.

Die Bereitstellung dieser Dienste als «Service-Lösung» ohne Investition in Hardware- und Schulungsinvestitionen erleichtert zudem die Budgetierung und Planbarkeit.

Auf der einen Seite entfallen bei den kommunalen Schulen Kosten für Dateiablage, Datensicherung, Benutzermanagement und E-maildienste. Andererseits entstehen durch die Anbindung an SAL insbesondere für jene Gemeinden neue Kosten, welche die lokal bestehenden Systeme (Bsp. Escada, Lehrer-Office) erst später oder gar nicht ablösen möchten. Hier wurde technisch zwar die Möglichkeit einer Schnittstelle geschaffen, jedoch sollten unseres Erachtens für diese Fälle nochmals gesondert Lösungen hinsichtlich Anbindung und Finanzierung geprüft werden. Die Mitte Basel-Landschaft fordert, dass sich der Kanton bis zum Ersatz der Vorinvestitionen an den Betriebskosten für deren Nutzung beteiligt. Des Weiteren bedauert die Mitte Basel-Landschaft, dass es den Gemeinden nicht offensteht, nur gewisse Produkte zu übernehmen und nicht weitere Module (z. B. Tagesstruktur) im SAL implementiert wurden.

Grundsätzlich vertritt die Mitte Basel-Landschaft auch die Meinung, dass in einem Gesetz nicht ein Produkt (in diesem Fall SAL) festgeschrieben wird, sondern vielmehr die Funktionalität verankert werden soll. Strategisch wird damit die Möglichkeit des Anbieter-Wettbewerbes aufrechterhalten und die Gefahr einer einseitigen, gesetzlich vorgeschriebenen Produkteabhängigkeit vermieden

Die Mitte Basel-Landschaft lehnt zudem die zwangsweise Umstellung der Musikschulen auf SAL ab, da für die Musikschulen viele der Standardanwendungen (§ 59^{bis}) nicht relevant sind.

Weiter begrüsst die Mitte Basel-Landschaft den Aufbau und die Etablierung eines paritätisch zusammengesetzten Gremiums zur künftigen Steuerung der gemeinsam betriebenen Services der Schulinformatik.

Die Mitte Basel-Landschaft bedankt sich für die Kenntnisnahme dieser Vernehmlassungsantwort.

Freundliche Grüsse

Die Mitte Basel-Landschaft

Dominique Häring
Geschäftsleiterin



Die Stellungnahme wurde von Landrat Pascal Ryf verfasst.